

Der Staatsminister

SACHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ
Hospitalstraße 7 | 01097 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Röbler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl
Telefon +49 351 564-1500
Telefax +49 351 564-1509

staatsminister@
smj.justiz.sachsen.de*

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
1040E/13/1140 – KLR

Dresden,
28. März 2018

Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE
Drs.-Nr.: 6/12607
Thema: Vorfälle mit Reichsbürgern an Gerichten im Freistaat Sachsen

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„Am 19.02.2018 berichtete die Sächsische Zeitung wie folgt: „Zunehmend beschäftigten Reichsbürger aber auch die Sozialgerichte. Wie das Landes- sozialgericht Chemnitz mitteilt, wurden allein in den vergangenen sechs Monaten zwölf Personen gemeldet, bei denen wegen beleidigender und bedrohlicher Äußerungen besondere Vorkehrungen in den Hauptverhandlungen getroffen wurden.“ (J. Müller: Verurteilte noch immer auf freiem Fuß, <http://www.sz-online.de/nachrichten/verurteilte-noch-immer-auf-freiem-fuss-3881638.html>)“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
der Justiz
Hospitalstraße 7
01097 Dresden

Briefpost über Deutsche Post
01095 Dresden

www.justiz.sachsen.de/smj

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit
Straßenbahnlinien
3, 6, 7, 8, 11

Parken und behinderten-
gerechter Zugang über
Einfahrt Hospitalstraße 7

*Zugang für elektronisch signierte sowie
für verschlüsselte elektronische Doku-
mente nur über das Elektronische
Gerichts- und Verwaltungspostfach;
nähere Informationen unter
www.egvp.de

Frage 1:

In welchen Fällen seit dem 1. Januar 2017 wurden bei Hauptverhandlungen an Gerichten des Freistaates Sachsen wegen Personen oder Prozessmaterien, die mutmaßlich oder erwiesenermaßen einen Bezug zu „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ aufweisen, besondere Vorkehrungen – z.B. Eingangskontrollen – getroffen? (Bitte aufschlüsseln nach Tag, Art des Gerichts und Gerichtsstandort, Grund, Anlass und Umfang der jeweiligen Vorkehrungen.)

Vorkehrungen speziell gegen Personen mit Bezug zur Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ werden nicht statistisch erfasst bzw. regelmäßig dokumentiert. Die in der Anlage 1 ersichtlichen Angaben basieren im Wesentlichen auf Abfragen der jeweiligen Bediensteten und deren Erinnerung oder Dokumentationen sitzungspolizeilicher Maßnahmen und erfassen den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 5. März 2018. Sie erheben daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Anlass war regelmäßig, soweit nicht gesondert angegeben, das Durchführen einer Gerichtsverhandlung. Ist kein konkreter Grund angegeben, erfolgte die Vorkehrung allgemein, weil ein Verfahrensbeteiligter mutmaßlich oder erwiesenermaßen einen Bezug zu „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ hatte. Schließlich ist anzumerken, dass an den größeren Justizstandorten in aller Regel durchgängige und anlasslose Einlasskontrollen im Eingangsbereich unabhängig davon durchgeführt werden, ob eine Hauptverhandlung mit Bezug zu „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ stattfindet.

Ergänzend kam es bei dem Amtsgericht Auerbach – ohne dies zuordnen zu können – bei drei der insoweit aufgeführten Fälle zusätzlich zu einer sitzungspolizeilichen Verfügung, wonach Besucher für das Betreten des Sitzungssaals einen gültigen Bundespersonalausweis oder Reisepass vorzeigen mussten, ferner wurde in drei der aufgeführten Fälle das nahegelegene Polizeirevier Auerbach vorsorglich informiert.

Frage 2:

In welchen Fällen seit dem 1. Januar 2017 haben Personen, die mutmaßlich oder erwiesenermaßen einen Bezug zu „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ aufweisen, Hauptverhandlungen an Gerichten des Freistaates Sachsen gestört oder an-

derweitig unrechtmäßig beeinträchtigt? (Bitte aufschlüsseln nach Tag, Art des Gerichts und Gerichtsstandort, Art der Störung, Beeinträchtigung o.ä.)

Derartige Vorfälle werden nicht gesondert statistisch erfasst. Die in der Anlage 2 ersichtlichen Angaben basieren im Wesentlichen auf Abfragen der jeweiligen Bediensteten und deren Erinnerung oder Dokumentationen sitzungspolizeilicher Maßnahmen und erfassen den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 5. März 2018.

Frage 3:

In welchen Fällen seit dem 1. Januar 2017 wurden gegen Personen, die mutmaßlich oder erwiesenermaßen einen Bezug zu „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ aufweisen, aufgrund von Handlungen in Gerichten des Freistaates Sachsen und/oder während bzw. in Bezug auf Hauptverhandlungen Ermittlungsverfahren eingeleitet? (Bitte aufschlüsseln nach Tag, -ort, Art des Gerichts, tangierten Strafrechtsnormen, Zahl der Verdächtigen bzw. Beschuldigten, ggf. Zuordnung zu Phänomenbereichen der PMK sowie juristische Folgen.)

Die im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 5. März 2018 eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Sinne der Frage 3) sind in der Anlage 3 dargestellt.

Frage 4:

Welche weiteren Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um Vorfälle im Zusammenhang mit dem „Reichsbürger“-Phänomen zu erfassen und auszuwerten, insbesondere die Arbeitsfähigkeit von Gerichten und den ordnungsgemäßen Ablauf von (Haupt-) Verhandlungen zu gewährleisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. bei Gericht tätige Beamtinnen und Beamte zu sensibilisieren und zu schützen?

Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen im Zusammenhang mit den sogenannten Reichsbürgern ergriffen. Insbesondere Maßnahmen zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Ablaufs der Gerichtsverhandlungen sowie zum Schutze der Bediensteten bei Gerichten lassen sich allerdings nicht immer von allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen trennen.

- Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen sammelt seit Dezember 2016 Informationen über sogenannte Reichsbürger und wertet diese aus. Auf der Grundlage der geltenden Übermittlungsvorschriften erfolgen hierzu der Informationsaustausch mit anderen Behörden sowie die Unterrichtung der Öffentlichkeit.
- Durch die sächsische Polizei werden seit Dezember 2016 sogenannte Reichsbürger im Polizeilichen Auskunftssystem Sachsen (PASS) entsprechend gekennzeichnet. Damit ist u. a. sichergestellt, dass ein diesbezüglicher Hintergrund im Rahmen von Gefährlichkeitsanfragen gemäß § 42a Sächsisches Justizgesetz sowie von Amts- bzw. Vollzugshilfeersuchen aus dem Justizbereich berücksichtigt werden kann.
- Zum 1. März 2017 wurde ein neues Zusatzattribut „Reichsbürger“ in die Fachanwendung web.sta der Staatsanwaltschaften (Zusatzattribut Person) eingepflegt. Die Vergabe des Attributes erfolgt, wenn einem Beschuldigten als „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ eine reichsbürgertypische Straftat – insbesondere (versuchte) Nötigung, Urkundsdelikte, Beleidigungsdelikte – zur Last gelegt wird.
- Die sächsischen Gerichtsvollzieher haben seit August 2014 die Möglichkeit, gemäß § 42a des Sächsischen Justizgesetzes vor Vollstreckungsmaßnahmen, die zu einem schwerwiegenden Eingriff beim Schuldner führen, bei der örtlich zuständigen Polizeidienststelle anzufragen, ob dort Erkenntnisse zur Gefährlichkeit oder Gewaltbereitschaft des Schuldners vorliegen. Bei einer Positivauskunft besteht die Möglichkeit, polizeiliche Unterstützung bei der Amtshandlung in Anspruch zu nehmen. Aber auch bei einer Negativauskunft erfolgt regelmäßig eine polizeiliche Unterstützung, sofern sie angefordert oder von der Polizei aufgrund einer anderweitigen Gefährdungseinschätzung für erforderlich gehalten wird. Zudem können die Gerichtsvollzieher konflikträchtige Termine wie die Abgabe der Vermögensauskunft eines als aggressiv eingeschätzten Schuldners im Gebäude des Amtsgerichts abhalten und so die dortige Sicherheitsarchitektur mitnutzen.
- Informationsplattform im Intranet der Justiz: Das im Intranet der Justiz bereits seit Anfang September 2015 eingerichtete Informationsangebot zu den sog. Reichs-

bürgern ist über einen Katalog von FAQ (Frequently Asked Questions) strukturiert und seit dem 24. Januar 2017 im Intranet der Justiz abrufbar. Neben allgemeinen Informationen, wie z. B. zum Umgang mit der Argumentation der „Reichsbürger“, dem persönlichen Umgang mit „Reichsbürgern“ und den sog. Malta-Fällen, enthält dieser Fragenkatalog auch Hinweise zur Reaktion auf Störungen und strafrechtlich relevantes Verhalten, zu vorbeugenden Maßnahmen gegen Gefährdungen, zum Verhalten bei Foto-, Film- und Tonaufnahmen sowie zur finanziellen Unterstützung von Justizbediensteten. Seit dem 9. Oktober 2017 werden zur Frage „Wie kann ich Kontakt mit den Servicebetreibern der jeweiligen Homepage bzw. des Blogs sowie zu den Suchmaschinenbetreibern bzw. YouTube u.a. aufnehmen?“ darüber hinaus durch einen Link zwei Musterschreiben für ein Vorgehen bei der Veröffentlichung unberechtigt gefertigter Film- und Tonaufnahmen in einer Gerichtsverhandlung bei YouTube und bei Facebook zur Verfügung gestellt.

- Seit dem 18. April 2017 können Justizbedienstete abweichend von der Regelung in der VwV Erscheinungsbild bei für nötig befundenen Anlässen nach eigenem Ermessen auf die Angabe des Vornamens in Verwaltungsschreiben verzichten. Hierdurch wird die Nachverfolgung von Mitarbeitern in den privaten Bereich erschwert.
- Finanzielle Unterstützung: Insbesondere Drohungen gegen Bedienstete, heimliche Tonaufzeichnungen sowie Verunglimpfungen von Bediensteten im Internet wegen ihrer dienstlichen Tätigkeit stellen erhebliche Eingriffe in deren Rechtssphäre dar. Hiergegen ist es unter Umständen geboten, strafrechtlich oder zivilrechtlich, z. B. im Wege einer Unterlassungsklage, vorzugehen. Im Rahmen der Fürsorgepflicht ist effektiver Rechtsschutz zu ermöglichen. Dasselbe gilt, wenn Bedienstete wegen ihrer dienstlichen Tätigkeit mit Prozessen überzogen werden. Der Dienstherr muss die betroffenen Bediensteten dabei unterstützen, sich effektiv zur Wehr zu setzen. Nach der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über den Rechtsschutz für Bedienstete des Freistaates Sachsen in Straf- und anderen Verfahren (VwV Rechtsschutz) können – in Konkretisierung der Fürsorgepflicht aus § 45 BeamtStG (ggf. i.V.m. § 71 DRiG) – durch Bedienstete für die Rechtsverteidigung und -verfolgung Leistungen des Dienstherrn in Anspruch genommen werden. Unter den näher geregelten Anspruchsvoraussetzungen erfolgt

eine Bezuschussung oder eine endgültige Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes. Dies gilt beispielsweise auch hinsichtlich einer unberechtigten Inanspruchnahme durch sog. Reichsbürger über eine ausländische Gerichtsbarkeit (sog. Malta-Masche). Für solche Fälle wurde Ziff. 1.3 VwV Rechtsschutz eingefügt. Danach können Leistungen auch in Verfahren außerhalb der deutschen Gerichtsbarkeit mit Zustimmung der für den Bediensteten zuständigen obersten Dienstbehörde gewährt werden. In diesem Zusammenhang wurden auch Überlegungen zu einem Ausgleich immaterieller Schäden nach Angriffen auf Justizbedienstete angestellt. Nunmehr sieht ein Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Sächsischen Dienstrechts die Einfügung eines neuen § 81a SächsBG-E vor (Drs. 6/11669) vor. § 81a SächsBG-E enthält eine Regelung zur Erfüllungsübernahme bei nicht oder nicht vollständig beizubringenden titulierten Schmerzensgeldansprüchen, die ein Beamter wegen eines tätlichen rechtswidrigen Angriffs erwirkt hat, den er in Ausübung des Dienstes oder außerhalb des Dienstes wegen der Eigenschaft als Beamter erleidet. Die Entscheidung hierüber trifft jeweils die oberste Dienstbehörde. Die Regelung würde über § 3 SächsRiG auch zugunsten der Richter anwendbar sein.

- Sicherheitskonzeption: Die „Sicherheitskonzeption für die Gerichte und Staatsanwaltschaften des Freistaates Sachsen“ zielt u. a. auf während der Öffnungszeiten durchgehende Einlasskontrollen an den größeren Justizstandorten und – neben anlassbedingten Kontrollen – stichprobenartige Einlasskontrollen an kleineren Standorten sowie auf die Anwesenheit von Bediensteten der Justizwachtmeistereien in Hauptverhandlungen u. ä. ab. Zu diesem Sitzungsdienst können diese Bediensteten durch die Richter oder – bei Zwangsversteigerungen – Rechtspfleger angefordert werden, wenn nach deren Einschätzung ein besonderes Konfliktpotential vorhanden ist. Hiervon wird insbesondere Gebrauch gemacht, wenn Anhaltspunkte bestehen, dass ein Verfahrensbeteiligter der sog. Reichsbürger-Szene angehört. Für den Sicherheitsdienst wurden die Bediensteten der Justizwachtmeistereien mit Reizstoffsprühgeräten und Teleskop-Einsatzstöcken ausgestattet.
- Fortbildung der Bediensteten der Gerichte: Den Bediensteten der Gerichte werden regelmäßig Fortbildungen angeboten, welche sowohl allgemeine Fragen zu Stö-

rungen, Sicherheit und Konfliktbewältigung als auch spezifische Fragen im Umgang mit sog. Reichsbürgern betreffen. Zu nennen sind hier die Deeskalationsschulungen, Fortbildungen zu Strategien im Umgang mit respektlosen Verfahrensbeteiligten und die seit Ende 2016 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Forum starke Demokratie“ den Landesbediensteten angebotene Fortbildung mit dem Titel „Reichsbürger – Umgang mit einem extremistischen Phänomen“, in welcher Referenten des Verfassungsschutzes, des Landeskriminalamtes und der Justiz ideologische Aspekte der Reichsbürgerbewegung sowie zivil- und strafrechtliche Problemstellungen erörtern, das Phänomen aus psychologischer Sicht beleuchtet wird und mögliche Handlungsstrategien für den Umgang mit diesem Personenkreis dargelegt werden. Ferner war das Thema "Umgang mit Reichsbürgern" Bestandteil einer überregionalen Fachtagung für Rechtspfleger zum Insolvenzrecht im Jahre 2016 in Meißen. Es wurde zudem unter dem Stichpunkt „Personen- und verfahrensbezogene Stressfaktoren im Zwangsversteigerungstermin“ in einer überregionalen Fachtagung für Rechtspfleger zum Zwangsversteigerungsrecht im November 2016 in Trier behandelt, an der insgesamt vier Rechtspfleger aus Sachsen teilnahmen.

- Einige Gerichte haben darüber hinaus lokale Maßnahmen in Bezug zu sogenannten Reichsbürgern veranlasst. Zu nennen sind hier lokale Informationsveranstaltungen für Mitarbeiter, gezielte Mitarbeiterfortbildungen, die Behandlung der Thematik in Dienstberatungen, die Inanspruchnahme polizeilicher Amtshilfe (Einholung von Gefährdungsbeurteilungen, Vollzugshilfe), die Einrichtung eines festen Ansprechpartners für die Bediensteten vor Ort und die Einstellung zusätzlicher Informationen in Bezug auf Reichsbürger im Intranetauftritt des Gerichts.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Gemkow

Anlagen

3 Übersichten

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
10.01.2017	Amtsgericht Leipzig	Angeklagter war sog. Reichsbürgern zuzuordnen	Einlasskontrolle vor dem Saal mit Überprüfung der Ausweispapiere; Anwesenheit von Justizwachtmeistern im Saal
10.01.2017	Amtsgericht Aue	Beklagter war sog. Reichsbürger	Einlasskontrolle
11.01.2017	Amtsgericht Zwickau	Zwangsversteigerung	Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer des Termins
12.01.2017	Amtsgericht Bautzen		Einlasskontrolle
17.01.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
17.01.2017 (weitere Verhdl.)	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
19.01.2017	Landes-sozialgericht (Chemnitz)		Anlassbezogene Einlasskontrolle, ständige Anwesenheit von Wachtmeistern im Sitzungssaal für die Dauer der Verhandlung
23.01.2017	Landgericht Chemnitz		Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
30.01.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
02.02.2017	Amtsgericht Torgau		Einlasskontrolle und vorsorgliche Abnahme von Mobiltelefonen und sämtlichen zur Ton- und Bildaufzeichnung geeigneten Geräte für die Dauer der Hauptverhandlung
08.02.2017	Amtsgericht Leipzig	Zwangsversteigerung	Einlasskontrolle vor dem Saal mit Überprüfung der Ausweispapiere; Anwesenheit von Justizwachtmeistern im Saal
08.02.2017	Amtsgericht Zwickau	Zwangsversteigerung	Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer des Termins
15.02.2017	Amtsgericht Görlitz		Einlasskontrolle
15.02.2017	Amtsgericht Bautzen		Einlasskontrolle
16.02.1017	Finanzgericht (Leipzig)		Einlasskontrolle
02.03.2017	Amtsgericht Hoyerswerda		Einlasskontrolle und Sitzungsdienst zweier Justizwachtmeister
02.03.2017	Amtsgericht Kamenz		Einlasskontrolle
09.03.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
13.03.2017	Amtsgericht Hoyerswerda		Einlasskontrolle durch 4 Justizwachtmeister
15.03.2017	Amtsgericht Weißwasser		Einlasskontrolle und Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
20.03.2017	Amtsgericht Dresden	Erörterungstermin Familiengericht; aus Mitteilungen der Verfahrens- bevollmächtigten und dem Inhalt der Verfahrensakte ergab sich, dass der Kindesvater der sog. Reichsbürgerbewegung angehörte und Drohungen gegen die Kindesmutter ausgesprochen hatte.	Hinzuziehen von zwei Justizwachtmeistern zum Termin
22.03.2017	Amtsgericht Torgau		Einlasskontrolle und vorsorgliche Abnahme von Mobiltelefonen und sämtlichen zur Ton- und Bildaufzeichnung geeigneten Geräte für die Dauer der Hauptverhandlung
22.03.2017	Amtsgericht Bautzen		Einlasskontrolle
29.03.2017	Amtsgericht Bautzen		Einlasskontrolle
04.04.2017	Amtsgericht Chemnitz	Zwangsversteigerungs- termin	Hinzuziehen eines Wachtmeisters zum Termin
04.04.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
05.04.2017	Amtsgericht Aue Zweigstelle Stollberg		Einlasskontrolle und Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
06.04.2017	Landes- sozialgericht (Chemnitz)	Aktenkundig möglicher Bezug eines Beteiligten zur Gruppe der Reichsbürger bzw. Selbstverwalter; gegen den Beteiligten waren bereits in mehreren Fällen Hausverbote durch Gerichte (u.a. wegen körperlicher Übergriffe) ausgesprochen worden.	Anlassbezogene Einlass- kontrolle, ständige Anwesenheit von Wachtmeistern im Sitzungssaal für die Dauer der Verhandlung
13.04.2017	Landgericht Görlitz Außenkammern Bautzen		Einlasskontrolle
13.04.2017	Amtsgericht Torgau		Einlasskontrolle und vorsorgliche Abnahme von Mobiltelefonen und sämtlichen zur Ton- und Bildaufzeichnung geeigneten Geräte für die Dauer der Hauptverhandlung
26.04.2017	Amtsgericht Auerbach		Einlasskontrolle
28.04.2017	Amtsgericht Görlitz		Einlasskontrolle
03.05.2017	Amtsgericht Leipzig	Angeklagter war sog. Reichsbürgern zuzuordnen	Einlasskontrolle vor dem Saal mit Überprüfung der Ausweispapiere; Anwesenheit von Justizwachtmeistern im Saal
04.05.2017	Landessozial- gericht (Chemnitz)	Aktenkundig möglicher Bezug von insgesamt vier Beteiligten zur Gruppe der Reichsbürger bzw. Selbstverwalter	Anlassbezogene Einlass- kontrolle, Bereithalten der Wacht- meister in der Nähe des Sitzungssaals (Beteiligte waren nicht erschienen)
06.05.2017	Amtsgericht Zittau		Einlasskontrolle; Vorabuntersuchung auf Waffen; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
08.05.2017	Amtsgericht Hoyerswerda		Einlasskontrolle durch 4 Justizwachtmeister
08.05.2017	Amtsgericht Auerbach		Einlasskontrolle
09.05.2017	Amtsgericht Aue	Befürchtung der Störung der Verhandlung aufgrund eines Telefongesprächs mit dem mutmaßlich der Reichsbürgerszene zugehörigen Angeklagten	Einlasskontrolle und Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
16.05.2017	Finanzgericht (Leipzig)		Einlasskontrolle
16.05.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
17.05.2017	Amtsgericht Auerbach		Einlasskontrolle
17.05.2017	Amtsgericht Aue Zweigstelle Stollberg		Einlasskontrolle und Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
06.06.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
06.06.2017	Amtsgericht Auerbach		Einlasskontrolle
21.06.2017	Landgericht Görlitz Außenkammern Bautzen		Einlasskontrolle
21.06.2017	Amtsgericht Chemnitz	Anhörungstermin im Insolvenzverfahren; aus Schreiben des Schuldners ging dessen Zugehörigkeit zur Gruppierung der Reichsbürger und Selbstverwalter hervor	Teilnahme eines weiteren Rechtspflegers im Termin
21.06.2017	Landes- sozialgericht (Chemnitz)	Ungewöhnlich aggressives Auftreten eines Beteiligten im Schriftsatz unter Nutzung reichsbürgertypischer Wortwahl und Schriftsatzgestaltung	Anlassbezogene Einlass- kontrolle, ständige Anwesenheit von Wachtmeistern im Sitzungssaal für die Dauer der Verhandlung
21.06.2017	Landessozial- gericht (Chemnitz)		Anlassbezogene Einlass- kontrolle, ständige Anwesenheit von Wachtmeistern im Sitzungssaal für die Dauer der Verhandlung

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
22.06.2017	Amtsgericht Bautzen		Einlasskontrolle
22.06.2017	Amtsgericht Aue Zweigstelle Stollberg	Angeklagter war sog. Reichsbürger	Einlasskontrolle
13.07.2017	Amtsgericht Chemnitz	Angeklagter war bekennender Reichsbürger, der unterschwellige Drohungen abgab	Hinzuziehen von zwei Wachtmeistern zur Hauptverhandlung
13.07.2017	Landgericht Görlitz Außenkammern Bautzen		Einlasskontrolle
18.07.2017	Amtsgericht Bautzen		Einlasskontrolle
26.07.2017	Verwaltungs- gericht Dresden	Nach Aktenlage keine Akzeptanz des Gerichts	Einlasskontrolle; Sitzungsdienst durch zwei Justizwachtmeister
27.07.2017	Landgericht Görlitz Außenkammern Bautzen		Einlasskontrolle
04.08.2017	Landgericht Chemnitz		Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
10.08.2017	Landgericht Görlitz Außenkammern Bautzen		Einlasskontrolle
15.08.2017	Amtsgericht Chemnitz	Zeuge war bekennender Reichsbürger mit extremen Gewaltfantasien, der im Vorfeld Gefährderansprache erhielt	Sitzungsdienst von 4 Justizwachtmeistern
17.08.2017	Amtsgericht Kamenz		Einlasskontrolle
17.08.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
22.08.2017	Finanzgericht (Leipzig)		Sitzungsdienst durch einen Justizwachtmeister, Einlasskontrolle

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
23.08.2017	Sozialgericht Chemnitz		Ständige Anwesenheit von zwei Wachtmeistern im Sitzungssaal für die Dauer der Verhandlung
29.08.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
30.08.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
30.08.2017	Finanzgericht (Leipzig)		Sitzungsdienst durch einen Justizwachtmeister, Einlasskontrolle
30.08.2017	Verwaltungsgericht Dresden	Aus der Akte war ersichtlich, dass es in der Vergangenheit bereits Schwierigkeiten bei Kontakt mit Behörden gegeben hat.	Sitzungsdienst durch zwei Justizwachtmeister, Einlasskontrolle
05.09.2017	Landgericht Görlitz		Einlasskontrolle
06.09.2017	Amtsgericht Leipzig	Zwangsversteigerung	Einlasskontrolle vor dem Saal mit Überprüfung der Ausweispapiere; Anwesenheit von Justizwachtmeistern im Saal
15.09.2017	Amtsgericht Dippoldiswalde		Hinzuziehen eines Justizwachtmeisters zur Verhandlung
18.09.2017	Amtsgericht Aue	Angeklagter war sog. Reichsbürger	Einlasskontrolle und Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
20.09.2017	Amtsgericht Auerbach		Einlasskontrolle

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
20.09.2017	Amtsgericht Chemnitz	Zwangsversteigerungstermin	Einlasskontrollen mit Ablichtung der Personalausweise; Hinzuziehen eines Wachtmeisters zum Termin
28.09.2017	Amtsgericht Chemnitz	Mutmaßlicher Reichsbürger als Angeklagter	Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal
28.09.2017	Amtsgericht Zittau		Einlasskontrolle; Vorabuntersuchung auf Waffen; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
29.09.2017	Amtsgericht Dippoldiswalde		Hinzuziehen eines Justizwachtmeisters zur Verhandlung
04.10.2017	Amtsgericht Chemnitz	Mutmaßlicher Reichsbürger als Angeklagter	Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal
04.10.2017	Amtsgericht Leipzig	Angeklagter war sog. Reichsbürgern zuzuordnen	Einlasskontrolle vor dem Saal mit Überprüfung der Ausweispapiere; Anwesenheit von Justizwachtmeistern im Saal
10.10.2017	Landgericht Chemnitz		Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
16.10.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
18.10.2017	Amtsgericht Weißwasser		Einlasskontrolle; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
23.10.2017	Landes-sozialgericht (Chemnitz)	Ungewöhnlich aggressives Auftreten eines Beteiligten im Schriftsatz unter Nutzung reichsbürgertypischer Wortwahl und Schriftsatzgestaltung	Anlassbezogene Einlasskontrolle, ständige Anwesenheit von Justizwachtmeistern im Sitzungssaal für die Dauer der Verhandlung
25.10.2017	Amtsgericht Auerbach	Bekannte Neigung des Angeklagten für gewaltsames Auftreten	Hinzuziehen von Justizwachtmeistern für die Verhandlung sowie Polizeikräften über die Polizeidirektion Zwickau

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
25.10.2017	Amtsgericht Bautzen		Einlasskontrolle
28.10.2017	Landgericht Zwickau		Anwesenheit von Justizwachtmeistern/Polizisten
30.10.2017	Amtsgericht Zittau		Einlasskontrolle; Vorabuntersuchung auf Waffen; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
02.11.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
03.11.2017	Amtsgericht Görlitz		Einlasskontrolle
03.11.2017	Amtsgericht Zittau Zweigstelle Löbau		Einlasskontrolle
08.11.2017	Amtsgericht Kamenz		Einlasskontrolle
09.11.2017	Amtsgericht Zwickau	Sog. Reichsdeutsche als Beteiligte, massive Störung in anderen Verfahren	Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
16.11.2017	Landes- sozialgericht (Chemnitz)		Anlassbezogene Einlass- kontrolle, Bereithalten der Wachtmeister in der Nähe des Sitzungssaals (Beteiligter war nicht erschieden)
20.11.2017	Amtsgericht Chemnitz	Mutmaßlicher Reichsbürger als Angeklagter	Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
21.11.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
21.11.2017	Verwaltungsgericht Dresden	Verurteilter Straftäter aus der Reichsbürgerszene	Sitzungsdienst durch zwei Justizwachtmeister, Einlasskontrolle
27.11.2017	Amtsgericht Görlitz		Einlasskontrolle
27.11.2017	Amtsgericht Plauen		Sitzungspolizeiliche Anordnung, sodass zwei Justizwachtmeister an dem Hauptverhandlungstermin teilnahmen und zusätzliche Personendurchsuchungen erfolgten
28.11.2017	Amtsgericht Zwickau	Sog. Reichsdeutsche als Beteiligte, massive Störung in anderen Verfahren	Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
05.12.2017	Amtsgericht Zwickau	Sog. Reichsdeutsche als Beteiligte, massive Störung in anderen Verfahren	Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
07.12.2017	Landgericht Zwickau		Verbot von Ton-, Bild, Filmaufnahmen im Sitzungssaal, Verbot des Mitführens hierfür geeigneter Gegenstände und Anwesenheit von Justizwachtmeistern

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
07.12.2017	Amtsgericht Zwickau	Zwangsversteigerung	Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer des Termins
07.12.2017	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
07.12.2017	Finanzgericht (Leipzig)		Sitzungsdienst durch einen Wachtmeister, Einlasskontrolle
11.12.2017	Amtsgericht Döbeln	Angeklagter war sog. Reichsbürger	Einlasskontrolle und Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
13.12.2017	Amtsgericht Zittau		Einlasskontrolle; Vorabuntersuchung auf Waffen; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
14.12.2017	Amtsgericht Döbeln	Angeklagter war sog. Reichsbürger	Einlasskontrolle und Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
19.12.2017	Amtsgericht Zwickau	Sog. Reichsdeutsche als Beteiligte, massive Störung in anderen Verfahren	Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
19.12.2017	Amtsgericht Dresden	Erörterungstermin vor dem Familiengericht; Mitteilung der Kindesmutter, dass der Kindesvater über seinen der Reichsbürgerbewegung zuzurechnenden Vater Zugang zu Waffen habe.	Anordnung der Anwesenheit zweier Justizwachtmeister zum Termin, wovon indes wieder Abstand genommen wurde, nachdem in einem Gespräch mit der Verfahrensbevollmächtigten des Kindesvaters die Befürchtung, dass eine Gefährdungslage bestehe, entkräftet worden war

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
2017: drei Vorfälle nicht mehr genau bekannten Datums	Amtsgericht Chemnitz	Verhalten im Ermittlungsverfahren ließ jeweils Verdacht zu, dass der Angeklagte der Reichsbürgerbewegung angehört	Jeweils Hinzuziehen eines Justizwachtmeisters zur Hauptverhandlung
04.01.2018	Amtsgericht Chemnitz	Mutmaßlicher Reichsbürger als Angeklagter	Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal
11.01.2018	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
16.01.2018	Amtsgericht Chemnitz		Einlasskontrollen
16.01.2018	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
17.01.2018	Amtsgericht Chemnitz	Mutmaßlicher Reichsbürger als Angeklagter	Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal
24.01.2018	Arbeitsgericht Dresden	Aus Inhalt und Form eines Schreibens des Klägers bestand der Verdacht einer Zugehörigkeit zu den sogenannten Reichsbürgern	Sitzungspolizeiliche Anordnung gem. § 176 GVG mit insbesondere folgenden Maßnahmen: - Personen- und Gepäckkontrolle vor dem Sitzungssaal, - Zuhörer müssen sich mit einem gültigen Ausweispapier ausweisen, - Verbot der Mitnahme von Waffen, Glasflaschen und sonstigen gefährlichen Gegenständen und - alle Geräte, die zu Bild- und/oder Tonaufnahmen geeignet sind, sind während der Verhandlung auszuschalten.

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
26.01.2018	Landes- sozialgericht (Chemnitz)	Ungewöhnlich aggressives Auftreten eines Beteiligten im Schriftsatz unter Nutzung reichsbürgertypischer Wortwahl und Schriftsatzgestaltung	Anlassbezogene Einlass- kontrolle, ständige Anwesenheit von Wachtmeistern im Sitzungssaal für die Dauer der Verhandlung
13.02.2018	Landgericht Zwickau		Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Feststellung der Identität der Besucher; Verbot von Handys, Videokameras o. ä.; Anwesenheit von Justizwachtmeistern/Polizisten
14.02.2018	Amtsgericht Zwickau	Zwangsversteigerung, sog. Reichsdeutsche als Beteiligte bei störendem bis beleidigendem Verhalten im ersten Versteigerungstermin	Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer des Termins
14.02.2018	Amtsgericht Zwickau		Aufgrund sitzungspolizeilicher Anordnung Einlasskontrolle vor Sitzungssaal mit Durchsuchungsanordnung (Waffen); Anwesenheit von zwei Wachtmeistern für die Dauer der Hauptverhandlung
15.02.2018	Landgericht Görlitz Außenkammern Bautzen		Einlasskontrolle
20.02.2018	Landgericht Görlitz Außenkammern Bautzen		Einlasskontrolle
27.02.2018	Amtsgericht Zittau		Einlasskontrolle; Vorabuntersuchung auf Waffen; Sitzungsdienst von Justizwachtmeistern
6 Fälle nicht mehr bekannten Datums	Amtsgericht Freiberg		Einlasskontrolle
1 Fall nicht mehr bekannten Datums	Amtsgericht Meißen		Einlasskontrolle vor dem Sitzungssaal durch sitzungspolizeiliche Anordnung

Tag	Gericht/Standort	Anlass/Grund	Vorkehrung
3 Fälle nicht mehr bekannten Datums	Amtsgericht Borna		Einlasskontrolle
Schätzungs- weise 6 Fälle nicht mehr bekannten Datums	Amtsgericht Eilenburg		Einlasskontrolle
2 Fälle nicht mehr bekannten Datums	Amtsgericht Grimma	Es bestand jeweils Grund zu der Annahme, dass sich mehrere Personen, die einen Bezug zu „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ haben, einfinden werden, um der jeweiligen Hauptverhandlung beizuwohnen.	Einlasskontrolle
2 (weitere) Fälle nicht mehr bekannten Datums	Amtsgericht Torgau		Einlasskontrolle und vorsorgliche Abnahme von Mobiltelefonen und sämtlichen zur Ton- und Bildaufzeichnung geeigneten Geräte für die Dauer der Hauptverhandlung

Datum	Gericht/Standort	Störung/Beeinträchtigung u. ä.
02.03.2017	Amtsgericht Hoyerswerda	Eine weibliche Person gab sich als „Repräsentantin“ der Angeklagten aus und erklärte, nicht die Angeklagte selbst zu sein
13.03.2017	Amtsgericht Hoyerswerda	Der Angeklagte weigerte sich, auf der Anklagebank Platz zu nehmen, woraufhin er unter Anwendung von Zwang auf die Anklagebank verbracht werden musste
15.03.2017	Amtsgericht Weißwasser	Nichtbeachtung der Weisungen des Vorsitzenden, Störer wurde des Saals verwiesen
06.04.2017	Landessozialgericht	Der Kläger hat während des Vortrages des Gerichtes, im Rahmen der weiteren Erörterungen und während der Aufnahme des Protokolls – trotz wiederholter Ermahnungen und ohne dass er hierzu das Wort erteilt bekommen hatte – ohne Unterlass lautstark weitergesprochen. Er hat unter anderem erklärt, „dass es Juden im Dritten Reich besser gegangen sei, als Schwerbehinderten heutzutage“.
21.06.2017	Landessozialgericht	Der Kläger hat die Richter beleidigt („Sie sind Nazis! Nazis sind Sie! Sie Nazis, ausgesprochene Nationalzionisten.“) und – wie sich erst nach einiger Zeit herausstellte – eine heimliche Tonaufzeichnung der Sitzung hergestellt.
30.08.2017	Verwaltungsgericht Dresden	Ein anwesender Wachtmeister wurde verbal angegriffen und ihm wurde gedroht. Es wurde ein Ordnungsgeld verhängt.
05.09.2017	Landgericht Görlitz	Angeklagter weigerte sich, Platz zu nehmen, lief durch den Saal, äußerte sich ausschließlich laut schreiend und sprach Beleidigungen gegen den Vorsitzenden aus
15.09.2017	Amtsgericht Dippoldiswalde	Störung der Verhandlung - der Störer wurde vorübergehend des Saales verwiesen, bis er sich beruhigt hatte.
25.10.2017	Amtsgericht Auerbach	Es kam zu körperlichen Übergriffen, die den Einsatz der hinzugezogenen Justizwachtmeister und Polizeibeamten notwendig machten.
03.11.2017	Amtsgericht Chemnitz	Mutmaßlicher Reichsbürger versuchte als Verteidiger aufzutreten und Schriftsatz zu überreichen, er wurde vom Richter von der Verteidigerbank in den Zuschauerraum verwiesen
09.11.2017	Amtsgericht Eilenburg	Verbale lautstarke Störung der Hauptverhandlung durch den Angeklagten, die nur durch Androhung von Ordnungsmitteln eingedämmt werden konnte
27.11.2017	Amtsgericht Plauen	Angeklagter wollte während der Hauptverhandlung stehen bleiben
16.01.2018	Amtsgericht Chemnitz	Mutmaßlicher Reichsbürger ließ den Vorsitzenden nicht zu Wort kommen

Anzahl der Beschuldigten	Tattag	Tatort/ Gericht	Straftat	Erledigung; ggf. Zuordnung zu PMK
1	01.04.2017	Amtsgericht Chemnitz	Beleidigung, § 185 StGB	Geldstrafe mittels Strafbefehl
1	05.07.2017	Amtsgericht Bautzen	Bedrohung, § 241 StGB	Einstellung gemäß § 154 StPO
2	09.08.2017	Amtsgericht Zwickau	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Körperverletzung, §§ 113, 223 StGB	Anklage zum Amtsgericht Zwickau (noch nicht entschieden)
1	05.09.2017	Landgericht Görlitz	Beleidigung, § 185 StGB	Strafbefehlsantrag (nicht rechtskräftig)
1	25.10.2017	Amtsgericht Auerbach	Beleidigung in fünf tateinheitlichen Fällen und Sachbeschädigung, §§ 185, 303 StGB	Anklage zum Amtsgericht Auerbach (noch nicht entschieden)
1	27.10.2017	Amtsgericht Zittau	Beleidigung, § 185 StGB	Einstellung gemäß § 154 StPO
1	nach dem 09.11.2017	Amtsgericht Eilenburg	Nachstellung, Betrug, §§ 238, 263 StGB (Angeklagter bestellte im Nachgang der Hauptverhandlung am 09.11.2017 u.a. Pizzen und Zeitschriften an die Anschrift der Richterin)	noch offen
1	Nicht genau bekannt, Strafanzeige vom 13.12.2017	Amtsgericht Zwickau	versuchte Nötigung, §§ 240, 22, 23 StGB	noch offen
1	13.02.2018	Landgericht Zwickau	Beleidigung, § 185 StGB	noch offen
1	Nicht genau bekannt, Strafanzeige vom 20.02.2018	Amtsgericht Zwickau	versuchte Nötigung, §§ 240, 22, 23 StGB	noch offen